



„RiseUp4Rojava“

Der Konflikt in Nordsyrien und die Kurdenolidarität im Linksextremismus

Norman Siewert

- › Die Konflikte in Syrien führten und führen in Deutschland zu ethnischen und religiösen Spannungen zwischen Islamisten und Kurden sowie Türken und Kurden, die gewaltsam eskalieren können.
- › Verschärft wird der Konflikt durch die „Kurdensolidarität“ der extremen Linken – seit 2014 eines der wichtigsten Handlungsfelder im Linksextremismus.
- › Das linksextremistische Milieu bildet einen Resonanzraum und bietet ein Sympathisantenumfeld für kurdische Extremisten. Darüber hinaus forderten Linksextremisten in der Vergangenheit zu Angriffen auf türkische Ziele oder die militärisch-technische Infrastruktur in Deutschland auf – und übten z. T. selbst Gewalt aus.
- › Das gesellschaftlich anerkannte Thema „Kurdensolidarität“ dient der extremen Linken nicht zuletzt als Brücke ins demokratische Spektrum.

Inhaltsverzeichnis

Hintergrund.....	2
Rojava, Kobanê und der Überlebenskampf der Kurden gegen den IS.....	2
„Fight4Afrin“ – Der Kampf gegen die türkische Aggression.....	3
„RiseUp4Rojava“.....	4
Schlussbemerkungen.....	5
Impressum.....	7

Hintergrund

Am 9. Oktober begann der völkerrechtswidrige Einmarsch der türkischen Armee in Nord- und Nordostsyrien. Die seit 2016 bereits dritte Militäroffensive diente vor allem dem Zweck, die syrisch-kurdischen „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG), welche von der Türkei als terroristische Organisation betrachtet werden, zu schwächen und von der türkisch-syrischen Grenze zurückzudrängen. Neben den negativen Konsequenzen für die Region selbst birgt der Konflikt auch eine Reihe von Herausforderungen für die Europäische Union und insbesondere Deutschland. Erstarkt der „Islamische Staat“? Gibt es eine neue Fluchtbewegung nach Europa? Sind diese Fragen noch offen, zeichnet sich indessen bereits ab, dass sich die regionalen ethnischen Spannungen auch in den entsprechenden Milieus Westeuropas widerspiegeln und dort zu Konflikten führen. So kam es seit Beginn der Kampfhandlungen bereits zu einigen gewaltsamen Konfrontationen zwischen in Deutschland lebenden Türken und Kurden.¹

Nicht nur droht als Reaktion hierauf eine Mobilisierung populistisch-rechtskonservativer und rechtsextremer Kräfte. Gerade auch im linksextremistischen Spektrum birgt dieser Konflikt-herd ein erhebliches Radikalisierungspotential. Das Thema „Kurdensolidarität“ gehört hier nämlich spätestens seit 2014 zu einem der wichtigsten Aktions- und Kampagnenfelder. Als es 2018 unter dem Schlagwort „Fight4Afrin“ sogar zu Brandanschlägen auf Moscheen kam, begrüßten Linksextremisten im Internet ausdrücklich die Angriffe auf türkische Ziele und heizten den Konflikt weiter an. Unter dem Ausruf „RiseUp4Rojava“ solidarisieren sich seit Oktober 2019 wieder linke und linksextremistische, kurdische und kurdisch-extremistische Gruppierungen und mobilisieren die öffentliche Aufmerksamkeit für das kurdische Schicksal in Syrien. Wird von dieser Mobilisierung auch Gewalt ausgehen? Welche Rolle die „Kurdensolidarität“ im Linksextremismus heute spielt und wie groß die Gefahr für die innere Sicherheit ist, soll im Folgenden näher beleuchtet werden.

Rojava, Kobanê und der Überlebenskampf der Kurden gegen den IS

Die linke Solidarität mit den Kurden, insbesondere deren sozialistischen Kräften, hat eine lange Tradition. Doch spätestens seitdem die syrisch-kurdische Übergangsverwaltung in Nordsyrien im Januar 2014 ihre Autonomie erklärte, rückte die Situation der syrischen Kurden verstärkt in den Fokus linkssozialistischer, kommunistischer und anarchistischer Solidaritätsbekundungen. Von der Partei Die Linke, der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) und Antifa-Gruppen bis hin zu den Autonomen und postautonomen Bündnissen wie die Interventionistische Linke (IL) wurde das syrisch-kurdische Verwaltungsgebiet zum anti-imperialistischen sozialistisch-demokratischen Projekt stilisiert. Hier ist dieses Gebiet vor allem unter der Selbstbezeichnung „Rojava“ bekannt. Das „Modell Rojava“ steht für einen „demokratischen Konföderalismus“, in dem eine direktdemokratische kommunale Selbstverwaltung aufgebaut werden soll. Die Linkspartei-nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung etwa preist dies als ein

Die Gefahren des
türkischen Einmar-
sches in Nord- und
Nordostsyrien

„Rojava“ als utopisches
Sehnsuchtsobjekt der
deutschen Linken

„alternatives Gesellschaftsmodell jenseits von nationalistischen, religiös-fundamentalistischen und patriarchalen Vorstellungen“.²

Die ideologische Faszinationskraft des „Modell Rojawas“ verband sich angesichts des militärischen Vorgehens des IS gegen die Kurden in Syrien (und im Irak) zusätzlich mit einer „antifaschistischen“ Dimension. Denn es schien so zu sein, als stünden die Kurden nicht nur vor einer militärischen Niederlage, sondern mithin vor einem Völkermord. Analogien zum nationalsozialistischen Regime lagen auf der Hand; allzu leicht ließ sich der IS ideologisch sowie ästhetisch als „faschistische“ Organisation umdeuten, wodurch die apokalyptische Dimension des kurdischen Abwehrkampfes, zumal im Namen eines sozialistischen Projektes, zusätzlich unterstrichen wurde. Zum emotionalen Symbol des kurdischen Überlebenskampfes wurde die Schlacht um die nahe der türkischen Grenze gelegenen Stadt Kobanê. In der linksextremistischen Szene – und nicht nur dort – wuchs daraufhin das Engagement für die kurdische Sache – nicht zuletzt auch in Kooperation mit dem deutschen Ableger der kurdischen Arbeiterpartei PKK. Neben Solidaritätsbekundungen begannen vom Bundesverfassungsschutz beobachtete linke Organisationen und Bündnisse wie die Neue antikapitalistische Organisation (NaO) und die IL Spenden zu sammeln, von denen sich die YPG Material und Waffen kaufen sollte. Auf diese Weise seien mehrere hunderttausend Euro zusammengekommen. Überdies schlossen sich Einzelne auch direkt dem bewaffneten Kampf an. So zum Beispiel die 19-jährige Ivana Hoffmann aus Duisburg, die der türkischen Marxistisch-Leninistischen Partei (MLKP) nahestand und sich 2014 der YPG anschloss. Sie starb im März des darauffolgenden Jahres – wie auch andere linke Auslandskämpfer. Laut Medienberichten stufte das Bundeskriminalamt einige Anti-IS-Kämpfer, die dem gewaltorientierten Linksextremismus entstammen – konkret 38 Personen (Stand: 2017) –, als mögliche Bedrohung für die innere Sicherheit ein.³

Der „antifaschistische“
Abwehrkampf der
Kurden gegen den IS

Waffen für Rojava

„Fight4Afrin“ – Der Kampf gegen die türkische Aggression

Der Erfolg der kurdischen Milizen und der US-geführten Anti-IS-Koalition in Kobanê markierte eine Wende im Krieg gegen den IS. Dieser konnte daraufhin sukzessive zurückgedrängt werden. Im März 2016 wurde der Errichtung der autonomen Föderation Rojava zusätzlich Nachdruck verliehen. Für demokratische und extremistische Linke in Deutschland erschien damit der „kurdische Aufbruch“ als gelungene Revolution und das „Modell Rojava“ weckte weitere sozialutopische Hoffnungen. Unterdessen war 2015 der innertürkisch-kurdische Konflikt eskaliert. Deswegen und weil die türkische Regierung eine kurdische Staatlichkeit in Nordsyrien allgemein nicht hinzunehmen bereit war, drangen im August 2017 die türkische Armee und deren syrische Verbündete, die sunnitische (z. T. islamistische) Freie Syrische Armee (FSA), westlich des Euphrats in nordsyrisches Gebiet vor.⁴

Rojava – ein Dorn im
Auge der türkischen
Regierung

Vor dem Hintergrund des aufflammenden türkisch-kurdischen Konflikts wechselte in der Wahrnehmung der extremen Linken folglich das Feindbild. Nicht mehr der quasi-„faschistische“ IS, sondern der als „Faschist“ stigmatisierte türkische Staatspräsident, Recep Tayyip Erdogan, rückte zunehmend in den Fokus der pro-kurdischen Solidaritätskampagnen. Weitere – nicht unberechtigte – Kritikpunkte vervollständigen das Negativ-Bild: Erdogan regiere die Türkei diktatorisch und gehe repressiv gegen liberale und linke (vor allem pro-kurdische) Oppositionelle vor, zudem verfolge er eine ultrakonservative islamische Agenda und habe sogar zum Aufstieg des IS in Syrien beigetragen. So war die Kritik an Erdogan auch ein wichtiges Thema der Anti-G20-Kampagne anlässlich des Gipfeltreffens in Hamburg im Juni 2017. An den damaligen Ausschreitungen waren neben deutschen und europäischen Linksautonomen auch kurdische und türkische Linksextremisten beteiligt, die im Rahmen der von der Linkspartei angemeldeten Demonstration „G20 – not welcome“ die Polizei angriffen.⁵

Der „Faschist“ Erdogan
als wichtiges Feindbild
im Linksextremismus

Im Januar 2018 begann die zweite von der Türkei geführte Militäroffensive nach Nordsyrien (Operation „Olivenzweig“). Das Ziel war die Region um die Stadt Afrin, die als eines von drei Kantonen zum autonomen Verwaltungsgebiet Rojava zählt. Das türkische Vorgehen löste international großen Protest aus. Insbesondere die linksextreme Szene agitierte und mobilisierte gegen das türkische Vorgehen. Mit „fight4afrin“ wurde eigens ein mehrsprachiger Internetblog eingerichtet, auf dem akribisch Attacken auf staatliche Organe, Banken, Unternehmen und türkische Einrichtungen in ganz Europa aufgelistet wurden.

„fight4afrin“

„Die Aktionen waren Antworten auf den grausamen Vernichtungskrieg des türkischen Faschismus und seiner internationalen Helfer gegen die Bevölkerung und Revolution in Rojava“, heißt es dort unter anderem. Explizit wurde auch zu Gewalt aufgerufen: „Jetzt werden wir den Krieg gegen den türkischen Faschismus und gegen alle, die diesen unterstützen, auf die Straßen der Metropolen tragen.“

Auch auf der linksextremen Internetseite indymedia.org wurden entsprechende Attacken aufgelistet und begrüßt, etwa ein umfangreicher – mit Fotos gut dokumentierter – Brandanschlag auf einen türkischen Autohändler in Gütersloh oder eine Attacke auf Bundeswehrfahrzeuge in Soltau. Den Höhepunkt der Eskalation bildeten die Brandanschläge auf drei Moscheen an einem einzigen Wochenende, mutmaßlich begangen von kurdischen Extremisten. Außerdem kam es das ganze Jahr über zu weiteren Angriffen auf Moscheen, türkische Kulturvereine und Restaurants. Es ist überdies festzuhalten, dass auch türkische Nationalisten diesen Konflikt befeuerten. So musste beispielsweise der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow Anzeige wegen Morddrohungen erstatten, nachdem er seine Solidarität mit der YPG erklärt hatte.⁶

Angriffe auf türkische
Ziele in Deutschland

Die Kritik von links richtete sich jedoch nicht nur gegen die Türkei, sondern auch gegen die Bundesregierung, die durch militärisch-wirtschaftliche Kooperationen den Krieg in Nordsyrien unterstützen würde. Angesichts dessen richteten sich immer wieder Aktionen wie Blockaden und Brandanschläge auch gegen die Bundeswehr sowie deutsche Rüstungsgüterproduzenten. Im März 2018 machte eine linksextremistische Gruppe von sich Reden, die sich zu einem Brandanschlag auf eine Berliner Brücke bekannte, welcher zu einem partiellen Stromausfall führte. Die Attacke galt nach eigenem Bekunden der militärischen und informationstechnischen Infrastruktur rund um den Berliner Flughafen Tegel.⁷

Linksextreme Kritik
an der deutschen
Türkeipolitik.

„RiseUp4Rojava“

Dass dem Projekt Rojava mit dem türkischen Einmarsch vom Oktober 2019 der bisher schwerste Schlag versetzt wird, erzeugt sowohl in der kurdischen Diaspora als auch bei linken und linksextremen Akteuren erhebliche Empörung. Unter dem Motto „RiseUp4Rojava“ kam es bereits wenige Tage nach Beginn der Offensive weltweit zu Protestkundgebungen. An martialischen Solidaritätsbekundungen fehlte es in einschlägigen linksextremistischen Foren und Medien indessen nicht. Die Gefahr, dass kurdische und deutsche Linksextreme zusammen oder für sich genommen Anschläge auf türkische Ziele oder die deutsche Infrastruktur verüben, steigt mit jeder negativen Meldung aus Nordsyrien. Für die syrischen Kurden steht viel auf dem Spiel. Das erhöht den Handlungsdruck in den extremistischen Szenen. In der Nacht zum 11. Oktober wurde bereits ein Auto vor der türkischen Botschaft in Berlin angezündet. Dass hiermit Protest gegen die türkische Politik zum Ausdruck gebracht werden sollte, liegt nahe.⁸

Internationale
Empörung über den
türkischen Angriff im
Oktober 2019

Hinzu kommt die Gefahr offener Konfrontationen zwischen Türken und Kurden auf Deutschlands Straßen. Regierungsnahе türkische Nationalisten bzw. Rechtsextremisten, etwa aus der „Ülkücü“-Bewegung („Graue Wölfe“) oder türkischen Rocker-Clubs, provozieren ihrerseits

und könnten auf Aktionen kurdischer Extremisten mit Racheakten reagieren. Überdies dürfte eine solche Eskalation auch radikalisierende und mobilisierende Auswirkungen auf deutsche Rechtsextremisten und populistische Rechtskonservative haben. Als Warnung in dieser Hinsicht dient jedenfalls ein analoger Fall: Kurz nachdem in Celle und Hamburg Anfang Oktober 2014 salafistische Islamisten, Jesiden und Kurden öffentlich gewaltsam aneinandergeraten waren und PKK-Anhänger in Dresden demonstriert hatten, wurden als unmittelbare Reaktion darauf die ersten PEGIDA-Demonstrationen initiiert.⁹

Extremistisches
Eskalationspotential
der Syrien-Krise

Schlussbemerkungen

Sowie die Entwicklungen im syrischen Bürgerkrieg in der Vergangenheit stets direkte Folgen für die europäischen Gesellschaften und die innere Sicherheit hatten, so sind dort auch jetzt die Schockwellen der neuerlichen türkisch-kurdischen Konfrontation auf syrischem Boden zu spüren. Am Rande kurdischer Solidaritätsdemonstrationen kam es bereits zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Festzuhalten ist, dass kurdische Akteure wie die PKK-Schwesterpartei in Syrien, die Partei der Demokratischen Union (PYD), vor allem aber die PKK selbst, kaum ein Interesse an gewaltsamen Aktionen gegen türkische Ziele oder gewaltsame Ausschreitungen im Ausland haben. Ein zentrales Anliegen der PKK und PKK-naher Gruppen ist es dagegen, Aufmerksamkeit auf die Situation der Kurden in der Türkei und in Syrien zu lenken. Außerdem werben sie für ein Ende des Betätigungsverbotes ihrer als terroristisch eingestuft Organisation. Mit etwa einer Million kurdisch-stämmiger Einwohner bildet die Bundesrepublik Deutschland zudem einen wichtigen Rückzugs- und Betätigungsraum außerhalb des Nahen und Mittleren Ostens. Von einer systematischen und gesteuerten Eskalierung, die den Bemühungen um politische Anerkennung zuwiderlaufen würde, ist daher nicht auszugehen. Gewalt ist in diesem Kontext daher vielmehr ein Ergebnis emotionaler Polarisierung, welche jedoch immer weiter angeheizt wird.

Kurdischer Extremismus
in Deutschland
– keine systematische
Gewalt

Problematisch ist zudem die starke Verquickung der kurdisch-extremistischen und der linksextremistischen Szenen, die sich unter anderem in gemeinsamen Demonstrationen offenbart – wie zum Beispiel im September 2018 anlässlich des Staatsbesuches Erdogans, bei der es abseits der Versammlung zu Brandstiftungen und Sachbeschädigungen kam. Wie gezeigt, bilden linksextremistische Gruppierungen und Medien einen Resonanzraum und ein solidarisches Sympathisantenumfeld nicht nur für die kurdische Sache, sondern auch für kurdische Extremisten. Damit und mit eigenen Aktionen tragen sie erheblich zur Polarisierung bei. Die Sicherheitsbehörden müssen dementsprechend auf die Verknüpfung dieser beiden extremistischen Szenen einen besonderen Fokus legen. Darüber hinaus knüpfen Linksextremisten an der berechtigten Empörung über die türkische Politik in der Mitte der Gesellschaft an, vor allem im linksdemokratischen Spektrum, und vergrößern somit ihre gesellschaftliche Reichweite. So solidarisieren sich unter dem Motto „RiseUp4Rojava“ auch Teile der „Friday4Future“-Bewegung mit militant-„antifaschistischen“ Gruppierungen wie etwa in Göttingen. In Anbetracht ihrer gegen die liberale Demokratie gerichteten Grundeinstellungen sowie des Eskalationspotentials, das der türkisch-kurdische Konflikt für die innere Sicherheit bildet, sollten sich demokratische Akteure von linksextremistischen Kampagnen zu Gunsten der kurdischen Sache klar abgrenzen und strikt von diesen distanzieren. Nicht zuletzt gilt es auch, rechtsextreme Entwicklungen unter in Deutschland lebenden Türken genau zu beobachten und diesen gezielt zu begegnen.

Rolle der „Kurdensolidarität“
im deutschen
Linksextremismus

- 1 Vgl. hierzu Rainer Hermann, Die Gefahren der dritten türkischen Invasion, 7.10.2019, in: FAZ.net, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/krieg-in-syrien-gefahren-der-dritten-tuerkischen-invasion-16421054.html> [abgerufen am 31.10.2019]; Unbekannt, Krawalle bei Kurden-Demos. Mann in Lüdenscheid niedergestochen, in: FAZ.net, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/krawalle-bei-kurden-demos-in-nordrhein-westfalen-16437283.html> [abgerufen am 31.10.2019].
- 2 Vgl. Matthias Berg, Rojava und Kobanê. Zwischen Selbstverwaltung, Demokratie und Angriffen des IS, 19.11.2019, in: Rosa Luxemburg Stiftung, <https://www.rosalux.de/en/documentation/id/14174/f45dd8259a9694857a74e8ef50a01c06/> [abgerufen am 31.10.2019]; Sebastian Weiermann, Deutsche Linke lieben die Kurden. Alle lieben Apo, 5.4.2018, in: jungle.world, <https://jungle.world/artikel/2018/14/alle-lieben-apo> [abgerufen am 31.10.2019]. Letzterer Beitrag wirft zudem ein kritisches Schlaglicht auf das „Modell Rojava“ und zeigt auf, dass dieses auf Seiten der Linken nicht unumstritten ist. Vgl. hierzu außerdem Elke Dangeleit, Das Modell Rojava, 12.10.2014, in: Telepolis, <https://www.heise.de/tp/features/Das-Modell-Rojava-3367894.html> [abgerufen am 31.10.2019].
- 3 Vgl. Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2014, Berlin 2015, S. 67 f., S. 80 und S. 178; dasselbe, Verfassungsschutzbericht 2015, Berlin 2016, S. 101 f. und S. 129. Vgl. hierzu auch Gitta Düperthal, „Schutz vor Klerikalfaschisten“, 23.10.2014, in: junge Welt.de, <https://www.jungewelt.de/artikel/250614.schutz-vor-klerikalfaschisten.html?sstr=Islamischer%7CStaat> [abgerufen am 31.10.2019]; Laura Backes und Jörg Dieht, Ivanas Kampf, in: Der Spiegel 12/2015, S. 50–52. Siehe außerdem Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/13423 vom 28. August 2017, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan van Aken, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, Bericht des Bundeskriminalamtes über zurückkehrende Anti-IS-Kämpfer. Allerdings stufte die Bundesregierung relevante Informationen bzgl. des BKA-Berichts über deutsche Anti-IS-Kämpfer als geheim ein.
- 4 Vgl. hierzu Elke Dangeleit, Rojava: Ausrufung einer kurdisch-syrischen „Demokratischen Föderation“, 20.3.2016, in: Telepolis, <https://www.heise.de/tp/features/Rojava-Ausrufung-einer-kurdisch-syrischen-Demokratischen-Foederation-3379067.html> [abgerufen am 31.10.2019]; Gülistan Gürbey, Zwischen den Fronten. Die Kurden in Syrien, in: Die Politische Meinung 63 (November/Dezember 2018), Nr. 553, S. 84–89; Peter Schaber, Pro & Contra Deutsche Linke und Kurden. Rojava – eine realisierte Utopie?, 21.3.2018, in: taz.de, <https://taz.de/Pro--Contra-Deutsche-Linke-und-Kurden/!5490064/> [abgerufen am 31.10.2019].
- 5 Vgl. hierzu BMI, Verfassungsschutzbericht 2017, Berlin 2018, S. 119; Udo Baron, „Macht kaputt, was Euch kaputt macht“. Der G20-Gipfel von Hamburg und der Linksextremismus, in: Armin Pfahl-Traugber (Hg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2017/18 (II), Brühl 2018, S. 5–28, hier S. 13 f.
- 6 Siehe <https://fight4afirin.noblogs.org/> [abgerufen am 31.10.2019]. Vgl. u. a. Unbekannt, Verein von Faschisten mit Molotows zerstört, 9.3.2018, in: indymedia.org, <https://de.indymedia.org/node/18721> [abgerufen am 31.10.2019]. Vgl. außerdem BMI, Verfassungsschutzbericht 2018, Berlin 2019, S. 115f. und S. 238ff.; Bundesamt für Verfassungsschutz, Reaktionen der PKK auf die türkische Militäroffensive in Afrin (Syrien), in: Verfassungsschutz.de, <https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/schlaglicht/schlaglicht-2018-01-reaktionen-der-pkk-auf-die-tuerkische-militaeroffensive-in-afrin-syrien> [abgerufen am 31.10.2019]; Unbekannt, Ramelow erhält Morddrohungen. Thüringens Ministerpräsident hatte Solidarität zu Kurden in Nordsyrien erklärt, 12.3.2018, in: neues-deutschland.de, <https://www.neues-deutschland.de/amp/artikel/1081986.solidaritaet-mit-kurden-in-afrin-ramelow-erhaelt-morddrohungen.amp.html?> [abgerufen am 31.10.2019].
- 7 Vgl. Anselm Schindler, Solidaritätsproteste für Rojava, 1.2.2019, in: neues-deutschland.de, <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1111250.solidaritaetsproteste-fuer-rojava.html> [abgerufen am 31.10.2019]; Frank Jansen, Wer steckt hinter dem Anschlag auf die Stromleitungen?, 27.3.2018, in: Tagesspiegel.de, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-stromausfall-in-charlottenburg-wer-steckt-hinter-dem-anschlag-auf-die-stromleitungen/21119416.html> [abgerufen am 31.10.2019].
- 8 Siehe insbesondere <https://fight4rojava.noblogs.org/> [abgerufen am 31.10.2019]. Vgl. Unbekannt, You can't kill the revolution-Fight for Rojava, 7.10.2019, in: indymedia.org, <https://de.indymedia.org/node/39263> [abgerufen am 31.10.2019]. Vgl. hierzu auch Unbekannt, Unbekannte zünden Auto der türkischen Botschaft an, 11.10.2019, in: Welt Online, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article201725338/Berlin-Kreuzberg-Unbekannte-zuenden-Auto-der-tuerkischen-Botschaft-an.html> [abgerufen am 31.10.2019].
- 9 Vgl. Martin Machowecz, Pegida. Busen, Bier und Islamismus, in: Zeit-Magazin 15/2015, online abrufbar unter <https://www.zeit.de/zeit-magazin/2015/15/pegida-kathrin-oertel-lutz-bachmann> [abgerufen am 31.10.2019].

Impressum

Der Autor

Norman Siewert ist Mitglied im KAS-Arbeitskreis „Terrorismus und Innere Sicherheit“ sowie Promotionsstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Nael Franziska Semaan

Referentin Terrorismusbekämpfung und Konfliktmanagement
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
T: +49 30 / 26 996-3879
nael.semaan@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2019, Berlin

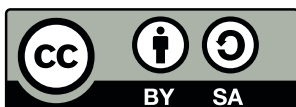
Gestaltung: yellow too Pasiek Horntrich GbR

Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Die Printausgabe wurde bei copy print Kopie & Druck GmbH, Berlin klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-95721-620-5



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Bildvermerk Titelseite

© picture alliance/Christoph Soeder/dpa